

Calmer Wochenblatt

Nr. 254

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 Pf., Familienanzeigen 35 Pf., Reklamen 200 Pf. x Schlusssatz. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Dienstag, den 30. Oktober 1923.

Bezugpreis: In der Stadt mit Zehrlohn 280000000 Pf., wöchentlich. Postbezugpreis 280000000 Pf. ohne Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Konflikt der Reichsregierung mit der sächsischen Regierung ist auf dem Höhepunkt angelangt. Der Reichspräsident hat eine Verordnung erlassen, wonach die Reichsregierung ermächtigt wird, die sächsischen Minister ihres Amtes zu entheben. Von dieser Ermächtigung hat die Reichsregierung Gebrauch gemacht, hat die sächsischen Minister ihres Amtes entheben lassen und durch den sächsischen Reichswehroberbefehlshaber die Ministerien schließen lassen. Auch der sächsische Landtag wurde geschlossen. Es wurde außerdem ein Reichskommissar für Sachsen, der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Heinze, ernannt, der die Aufgabe hat, eine verfassungstreue Regierung in Sachsen vorzubereiten. Die Maßnahme, die natürlich den aller schwersten Eingriff in die Souveränität eines Einzelstaats bedeutet, hat in sozialdemokratischen Kreisen große Erregung ausgelöst, sodaß eine starke Strömung für den Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung eingeseht hat, weil man in diesen Kreisen die Ansicht vertritt, daß eine ungleiche Behandlung Sachsens und Bayerns vorliege, die von sozialdemokratischer Seite nicht mehr mitgemacht werden dürfe. Andererseits wird auf Vermeidung jeder Sonderaktion gesehen. Der sozialdemokratische Reichsinnenminister hat das Vorgehen der Reichsregierung gegen Sachsen mit Vorgängen im Innern des Reichs begründet, über die noch nicht gesprochen werden könne. Wahrscheinlich handelt es sich aber um die Haltung Bayerns, von wo aus man einen Putsch befürchtet, der zum Angriff auf Sachsen führen könnte.

In München betrachtet man die Note der Reichsregierung nicht als Ultimatum. Man will über die Antwort im Laufe des heutigen Tages beraten. Fällt sie ablehnend aus, so sind die Folgen unabsehbar.

Die Verhandlungen der Ruhrindustriellen mit den Franzosen scheinen soweit gediehen zu sein, daß an eine Einigung gedacht werden kann. Die Franzosen wollen Zugeständnisse bezüglich der Kohlensteuer machen, und auch einen Teil der Lagerbestände zur Verfügung stellen.

Von Amerika kommen einmal wieder Sirenenklänge. Man spricht von einer Anleihe für Deutschland zu Zwecken der Stabilisierung der Währung und des Einkaufs von Lebensmitteln, selbstverständlich erst nach Regelung der Reparationsfrage, und darauf können wir noch ein Weilchen warten.

Das Reich, Sachsen und Bayern.

Absetzung der sächsischen Regierung.

Eine Verordnung des Reichspräsidenten zur Absetzung der sächsischen Regierung.

Berlin, 29. Okt. Der Reichspräsident hat nachstehende Verordnung erlassen: Auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Freistaats Sachsen folgendes: § 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, für die Dauer der Geltung dieser Verordnung Mitglieder der sächsischen Landesregierung und der sächsischen Landes- und Gemeindebehörden ihrer Stellung zu entheben und andere Personen mit der Führung der Dienstgeschäfte zu betrauen. Auf Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit findet die Vorschrift keine Anwendung. Die Verordnung betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923 (Reichsgesetzbl. I Seite 905) bleibt im übrigen unberührt. § 2. Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Dresden, 29. Okt. Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei teilt amtlich mit: Die sächsischen Minister haben heute mittag je eine Verordnung des neuernannten Reichskommissars erhalten, wonach sie ihres Amtes entlassen sind. Die sächsische Regierung wird gegen diesen Akt bei der Reichsregierung Protest erheben und die sofortige Einberufung des Reichstages fordern. Außerdem wird sie eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder betreiben.

Dresden, 30. Okt. Gestern nachmittag haben Reichswehrtruppen die öffentlichen Gebäude, die Ministerial- und das Landtagsgebäude besetzt. Der Wehrkreiscommandeur, Generalleutnant Müller erläßt folgende Bekanntmachung:

„Unter Aufhebung der bisher über das Versammlungsrecht von mir erlassenen Verordnungen bestimme ich: Politische Versammlungen jeder Art sind im Freistaat Sachsen bis zur anderweitigen Regelung verboten. Zuwiderhandlungen unterliegen der in Ziffer 7 meiner Verordnung vom 27. September angeführten Strafandrohung.“

Dresden, 30. Okt. Der Reichskommissar für den Freistaat Sachsen, Reichsminister a. D. Dr. Heinze, erläßt einen Aufruf an die sächsische Bevölkerung, in dem er es als seine Hauptaufgabe bezeichnet, zusammen mit dem Militärbefehlshaber des Wehrkreises IV die Ordnung und Sicherheit im Lande wiederherzustellen, für die Ernährung der Bevölkerung zu sorgen und die Bildung einer neuen Regierung auf parlamentarischer Grundlage zu fördern. Von der Beamtenschaft erwartet er, daß sie getreu ihren Amtspflichten nachkommt.

Berlin, 30. Okt. Gegenüber Gerüchten, wonach bei der gestrigen Besetzung des Ministerialgebäudes in Dresden durch die Reichswehr Dr. Zeigner und andere Minister unter Anwendung brutaler Gewalt aus ihren Amtszimmern vertrieben worden seien, stellt ein amtlicher Bericht fest, daß die Minister dem höflichen Ersuchen, das Ministerialgebäude zu verlassen, ohne weiteres entsprachen. Lediglich der kommunistische Minister Böttcher erklärte, daß er nur der Gewalt weiche. Er wurde von einem Offizier bis an den Ausgang des Regierungsgebäudes geleitet, doch fand auch hierbei keine Gewaltanwendung statt.

Berlin, 30. Okt. Wie die Blätter melden, trat gestern abend das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der Lage in Sachsen zu beschäftigen. Wie der „Vorwärts“ meldet, protestierten die Sozialdemokraten gegen das Vorgehen des Reichskommissars Dr. Heinze und des Generals Müller. Eine weitere Entscheidung würden die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder im Einverständnis mit den Parteinstanzen treffen. Wie die Blätter hören, haben sich der demokratische Reichstagsabgeordnete Fischer und die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wels und Dittmann nach Dresden begeben, um dort mit ihren sächsischen Parteifreunden wegen der Regierungsbildung in Sachsen zu verhandeln. Die Blätter hoffen, daß ihnen ihr Vermittlungswerk gelingen wird. Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, ist das Hauptaugenmerk des Reichskommissars Dr. Heinze in Sachsen darauf gerichtet, sobald wie möglich den Zusammentritt des sächsischen Landtages zu erwirken. Das Verbot des Landtagszusammentrittes bestehe nur solange, als die Regierung Zeigner am Ruder sei. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Dresden haben die Spitzenorganisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afabundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, sowie die Parteorganisationen der V.S.P.D. und der A.P.D. für Sachsen in einer gemeinsamen Sitzung ab heute früh einen dreitägigen Generalstreik für ganz Sachsen beschlossen.

Auch der sächsische Landtag gesperrt.

Dresden, 29. Okt. Das Wehrkreiscommando erläßt folgende Bekanntmachung vom 29. Oktober: In Ausübung der vollziehenden Gewalt verordne ich: Bis zur Einberufung des Landtags durch den vom Herrn Reichskanzler ernannten Reichskommissar findet ein Zusammentritt des Landtags nicht statt.

Der Militärbefehlshaber (gez.): Müller, Generalleutn. Schwere Zusammenstöße mit der Reichswehr in Freiberg.

Dresden, 29. Okt. Zu den bereits mitgeteilten ersten Straßenkämpfen in Freiberg wird noch berichtet: Nach den endgültigen Feststellungen sind bei der Reichswehr zwei Mann schwer, einer leicht verletzt worden. Von den Aufständern und Mitläufern sind 23 tot, 31 Verwundete wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Es wurde festgestellt, daß bei den Vorgängen am Nachmittag des 27. Oktober die angreifende Menge durchaus planmäßig vorgegangen ist. Ueber das Verhalten der Reichswehr bestätigen durchaus sachliche Beobachtungen, daß sie in ihrer Zurückhaltung trotz wüster Beschimpfungen durch die Menge bis zum äußersten gegangen ist.

Dresden, 27. Okt. Das Reichswehrcommando IV teilt mit: In Freiberg ist es heute zu ersten Zusammenstößen zwischen der Reichswehr und radikalen Elementen gekommen. Im Laufe des frühen Nachmittags wurde auf Anforderung der Polizei die Reichswehr auf 2 Lastkraftwagen in die Stadt entsandt, um Ansammlungen zu zerstreuen und Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Um 4 Uhr nachmittags erbat der Polizeidirektor militärische Hilfe, da vier Reichswehrsoldaten im Postamt begrängt wur-

den. Die Reichswehr säuberte den Postplatz, befreite die vier bedrängten Reichswehrsoldaten, wurde dann aber von der Menge mit Steinen beworfen und mit Pistolen beschossen. Vier Soldaten wurden verwundet, darunter zwei schwer. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten wurden 12 bis 13 Unruhestifter erschossen und gegen 20 verwundet. Es wurde hierauf eine Kompanie in die Stadt entsandt, um die in den Straßen immer größer werdenden Ansammlungen zu zerstreuen und die Ordnung wieder herzustellen.

Der Reichsinnenminister zur Haltung der Reichsregierung gegenüber Bayern und Sachsen.

Köln, 30. Okt. Der Reichsminister des Innern, Sohlmann, hat der sozialdemokratischen „Mitteldeutschen Zeitung“ einen Artikel zur Verfügung gestellt, in dem es u. a. heißt: Seit Samstag ist die innerdeutsche Krise, die sich seit Monaten hinschleppt, in einen entscheidenden Abschnitt eingetreten. Sowohl in Bayern wie in Sachsen sind die Verhältnisse unerträglich geworden. In beiden Ländern sind Strömungen mächtig, die einem Konflikt mit dem Reich nicht aus dem Wege gehen wollen. Obwohl die sozialistischen Reichsminister natürlich genau wissen, daß alle überzeugten Republikaner die schwer bewaffnete Reaktion in Bayern für die weit gefährlichere halten als die schwärmerischen Kommunisten in Sachsen, und obwohl des Reiches Ohnmacht gegen München peinlich in Erscheinung tritt, haben die sozialistischen Reichsminister eine entschiedene Klärung der politischen Zustände in Sachsen wie in Bayern verlangt. Wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen konnte, als ob beide Länder ungleich behandelt würden, so liegt die Ursache in zwingenden Tatsachen, worüber man als Minister sich im Augenblick nicht öffentlich äußern kann. Nun aber ist durch die Ueberreichung der Verbalnote des Reichskanzlers in München auch gegenüber Bayern eine klare Linie geschaffen. Bayern hat nun das Wort. Seine Entscheidung kann eine Bedeutung haben, die Brücken schlägt oder Abgründe aufreißt. Wir müssen der Möglichkeit, daß eine Gegenrevolution von Bayern nach Norddeutschland vorgetragen wird, und zwar möglicherweise unter weißem Terror, klar ins Auge schauen. In einer solchen Stunde könnte eine feste, republikanische Regierung in Sachsen ein mächtiges Bollwerk für die Verfassung sein. Die kommunistischen Führer in Sachsen, denen viele Arbeiter ahnungslos folgen, kompromittieren die ganze Sozialdemokratie. Ihnen allein ist es zu danken, daß der Einmarsch der Reichswehr in Sachsen nicht mehr zu verhindern war. Jedem Bündnisgedanken höhnisch, ziehen die kommunistischen Minister durch das Land und fordern zum bewaffneten Kampf gegen die Reichsregierung und die Reichsgewalt auf. Wenn der fortschrittlich und freiheitlich denkende Teil des Bürgertums und der Intelligenz nicht in die Reihen der Reaktion getrieben werden soll, müssen sich unsere sächsischen Genossen von den unmöglichen, kommunistischen Kampfgedanken trennen, denn in Bayern, in Sachsen und am Rhein können im Laufe dieser Woche geschichtliche Entscheidungen von größter Tragweite sich vollziehen. (!)

Bayern faßt die Note der Reichsregierung nicht als Ultimatum auf.

München, 29. Okt. Von Regierungsseite wird die Mitteilung der Reichsregierung vom 27. Oktober nicht als Ultimatum aufgefaßt. Man ist der Auffassung, daß auch die Reichsregierung die Mitteilung nicht als solche aufgefaßt wissen will. Zur Zeit weiß der Gesandte v. Preger in München zur mündlichen Berichtserstattung. Der Ministerrat, der für Montag angefaßt war, findet morgen statt. Die bayerische Staatsregierung wird voraussichtlich morgen zur ganzen Angelegenheit Stellung nehmen.

Verbote sozialdemokratischer Zeitungen in Bayern.

Berlin, 30. Okt. Einer Blättermeldung aus München zufolge hat der Generalstaatskommissar die sozialdemokratische „Münchener Post“ bis auf weiteres verboten. Begründet wird das Verbot mit einer Veröffentlichung des Blattes über die Judenaustreibung aus Bayern u. einem politischen Kommentar zur Note der Reichsregierung an Bayern, worin darauf hingewiesen wird, daß der Widerstand Bayerns nicht weniger gefährlich für die Einheit des Reiches sei, als der sächsische. Auch das Hauptorgan der Sozialdemokraten in Schwaben-Neuburg, die in Augsburg erscheinende „Schwäbische Volkszeitung“, ist ohne nähere Gründe auf 8 Tage verboten worden.

Neckar...
Werte...
Millio...
und Mo...
birnen 360...
360-480...
180-240...
240 bis...
das Pfund...
Blumentohl...
18-72...
2160 das...
vorlagen...
16, Marga...
12,5-13...
14, Rint...
2, 2,4; Rahm...
die 100...
12 Mil...
Reis 4-5...
Bohnen 5...
Dojen...
Dem...
Farren, 36...
121...
60 Gold...
4 Bil...
Milch...
Bieh war der...
Die...
1,5 Str...
10-165 Mil...
für Gerste...
000...
Martha...
Söolmann...
den 31. ts...
ngholz...
emeinberat...
haarpflege...
echt echtes...
haarwasser...
Otto Bincon...
SCHE...
CALW...
n...
ten...

Prägung von Rentenmarken.

Berlin, 29. Okt. Mit der Prägung von Münzen für das Rentengeld ist bereits begonnen worden. Es werden geschaffen: 1, 2, 5, 10 und 50-Rentenpfennigstücke. Im übrigen sind alle Vorbereitungen getroffen, damit die Rentenbank ihre praktische Tätigkeit demnächst aufnehmen kann. Insbesondere schreibt auch der Druck der Rentenbankcheine, die durch die Goldrentenbriefe voll gedeckt sein müssen, rüstig vorwärts. Die Rentenmark wird bis zur Ablösung durch die Goldmark das geeignete wertbeständige Zahlungsmittel des Verkehrs sein. Die Rentenmark ist darüber hinaus für Regierung und Wirtschaft ein, ein Zwischenglied bis zur Schaffung der Goldmark, mit der die Rentenmark eingelöst wird. Die Arbeiten für die Goldrentenbank werden mit großer Beschleunigung durchgeführt. In dieser Hinsicht ist auf den unmittelbar bevorstehenden Erlaß der Verordnung zur Abänderung des Bankgesetzes zu verweisen.

Millionenscheine.

Berlin, 30. Okt. Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, werden noch im Lauf der Woche 1-, 2-, 5- und 10-Millionenscheine zur Ausgabe gelangen. Es sei auch möglich, daß noch 100-Billionenscheine verausgabt würden.

Einführung der Millionenmarkrechnung bei der Post- und Telegraphenverwaltung.

Infolge der starken Geldentwertung und der dadurch hervorgerufenen Aufblähung des Zahlensystems, unter deren Wirkung die pünktliche Abfertigung der Bevölkerung an den Postämtern außerordentlich leidet, sieht sich die Reichspost- und Telegraphenverwaltung genötigt, ihren gesamten Zahlungsverkehr und Rechnungswesen und das Gebührenwesen vom 1. November an auf die Millionenmarkrechnung einzustellen. Postanweisungen, Nachnahmen, Postaufträge, Wertangaben bei Wertsendungen, Zahlkarten, Postüberweisungen, Erzahlüberweisungen, Postfische und Zahlungsanweisungen dürfen vom 1. November an nur über volle Millionen Mark lauten. Bei der Angabe des Betrags in Ziffern ist dabei an Stelle der sechs Nullen das Wort „Millionen“ zu schreiben: z. B. ist also statt 16000000

Anzeigen-Schlüsselzahl 18 000 000

Mark künftig 16 Millionen Mark zu schreiben. Die Stammeinlage, die auf jedem Postcheckkonto zu halten ist, wird auf 10 Millionen Mark festgesetzt werden. Bruchteile von 1 Million Mark, die über den 1. Novbr. hinaus als Guthaben auf den Postcheckkonten stehen geblieben sind, werden gestrichen werden.

Zur Einführung der Goldmarkrechnung bei der Eisenbahn.

Der Umrechnungskurs der Goldrechnungsmark in Papiermark wird täglich auf Grund des amtlichen Dollarkurses an der Berliner Börse festgesetzt und den Eisenbahndienststellen telegraphisch mitgeteilt. Dieser auf Milliarden abzurundende Umrechnungskurs gelangt am nächsten Tage für die Umrechnung der Goldtarifätze in Papiermark zur Anwendung. Die Abfertigung der Reisenden erfolgt in derselben Weise und an denselben Schaltern wie bisher. Besondere Einrichtungen wie die Verweisung an bestimmte Schalter und im Notfalle an bestimmte Wechselstellen lassen sich dort nicht umgehen, wo bei zunehmendem Umlauf von Rentenmark, Dollarschuldanweisungen, Goldanleihe usw. eine Umrechnung am Zahlkartenschalter die Abfertigung zu sehr aufhalten würde. An der viertägigen Gültigkeit der Fahrkarten ändert sich auch bei Einführung der Goldmark nichts. Eine Rücknahme der Fahrkarten am Schalter ist nur am Lösungstage zugelassen. Fahrgehalt, Gepäck, Fracht usw. werden zum Goldkurse am Tage der Zahlungsanweisung erstattet. Eine Frachttünderung findet nur noch auf Goldmarkbasis statt. Der zehnprozentige Zuschlag bei Ueberweisungsfrachten fällt mit der Einführung des Goldumrechnungstariifs weg.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(SGB.) Stuttgart, 29. Okt. Die Börse eröffnete zu Beginn der Woche bei gleichem Dollarstand wie am letzten Samstag sehr un-

einheitlich. Es machte sich eine große Unsicherheit geltend, die mit der Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse zusammenhängt. Von Banken gewannen Württ. Hypotheken 35 000 (60 000), Notenbank 80 000 (250 000), während Vereinsbank 40 000 (60 000) verlor. Brauereien waren gut behauptet: Ravensburg + 30 000 (70 000), Ehlingen + 50 000 (200 000), Kettenmeyer + 50 000 (200 000), Wulle + 15 000 (120 000). Textilwerte uneinheitlich: Erlangen - 200 (300 000), Vietingheim + 200 000 (700 000), Ruchen + 50 000 (350 000), Ehlingen + 250 000 (750 000), Württ. Rattun + 500 000 (800 000), Blaubeuren + 200 000 (300 000). Maschinen- und Metallwerte nachgehend: Daimler - 50 000 (550 000), Tuttlingen - 150 000 (550 000), Magirus - 12 000 (68 000), Ehlingen + 20 000 (130 000), Weingarten + 50 000 (400 000), Neckarfulm - 10 000 (90 000), Württ. Metall + 50 000 (550 000). Sonstige Werte ebenfalls uneinheitlich: Bad-Ämmlin - 50 000 (600 000), Cement Heidelberg + 50 000 (270 000), Besigheim Del - 300 000 (400 000), Kaiser Otto - 20 000 (110 000), Knorr - 15 000 (100 000), Leibbrand + 10 000 (45 000), Kraft Altwürttemberg + 200 000 (350 000), Salz Heilbronn + 0,5 Milliarden (1,5 Milliarden), Stuttg. Bäder - 50 000 (200 000), Stuttg. Zucker - 19 000 (160 000), Südb. Holz + 100 000 (350 000), Verein. Filz + 200 000 (800 000), Württ. Transport + 15 Milliarden (40 Milliarden). Im Freiverkehr zeigte sich etwas mehr Widerstandskraft, doch war die Stimmung ziemlich lustlos.

Landesproduktbörse.

(SGB.) Stuttgart, 29. Okt. Entsprechend den Devisennotierungen sind auch auf dem Getreidemarkt letzter Tage keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen. Die Stimmung blieb fest. Die Kaufkraft ist schwach, weil in der Hauptsache die ungeheuren Geldmittel feststehen. Es notierten je 100 Klg. in Milliarden Mark: Weizen 300-320 (am 25. Okt. 230-250), Sommergerste 230-250 (200-220), Roggen 280-300 (220-230), Hafer 190-210 (160-180), Weizenmehl 500-550 (500-540), Brotmehl 440-480 (450-480), Kleie 70-80 (unv.), Wiesenhheu 45-55 (35-45), Kleeheu 55-65 (45-55), drahtgepreßtes Stroh 45-55 (35-45).

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw.
Druck und Verlag der U. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Bankfrage!

Aufbewahren! Nachdem in Uebereinstimmung mit der Reichsbank und des Postfachamtes die Vereinigung der Württ. Banken und Bankiers zum Zweck der Erleichterung des Bankverkehrs neue Bestimmungen festgesetzt haben, sind auch wir gezwungen, dieselben auf uns zu übernehmen.
1. Millionen-Mark: ab 1. Nov. wird die M-Mark (Millionen Mark) buchungs- und korrespondenzmäßig eingeführt. Ein Betrag von beispielsweise 61.657.560.000.000 wird in Zukunft demzufolge 61.657.560 M-Mark geschrieben werden. Um Unstimmigkeiten und Verwirrungen zu vermeiden, bitten wir auf Checks, Wechseln, Quittungen und Dokumenten eine Aenderung in der wörtlichen Wiederholung der Beträge gegen früher nicht eintreten zu lassen, so daß in obigem Beispiel die Wiederholung in Buchstaben mit „Einundsechzig Billionen Sechshundertfiebenundfünfzig Milliarden Fünfhundertsechzig Millionen Mark“ geschrieben werden muß. Aufgaben, welche noch in der bisherigen Schreibweise erteilt sind, werden als in ungekürzter Mark ausgegeben ausgeführt. Die Bestätigung erfolgt selbstverständlich in M-Mark umgewandelt.
Alle sich aus der Nichtanwendung der neuen Schreibweise ergebenden Nachteile gehen zu Lasten des Auftraggebers.
Es wird deshalb dringend gebeten, von genanntem Zeitpunkt ab sich nur der M-Mark zu bedienen.
2. Zinslose Mindestguthaben. Aus Anlaß der inzwischen stark fortgeschrittenen Geldentwertung werden ab 1. November 1923 Guthaben unter 10 000 M-M (10 Milliarden Mark) nicht mehr verzinst.
3. Zum Zweck der Erleichterung des Bankverkehrs werden ab 1. November 1923 Bareinzahlungen nicht mehr angenommen, Barabhebungen, Zahlungs- und Ueberweisungsaufträge, Zurverfügungstellungen und dergleichen nicht mehr ausgeführt und Scheckentnahmen nicht mehr honoriert, sofern der Einzahlungsbetrag nicht mindestens 5000 M-M (fünf Milliarden Mark) ausmacht. Unterwegs befindliche Aufträge dieser Art werden nach Möglichkeit noch erledigt.
4. Die Zinsätze für Guthaben und Schulden können jederzeit an unseren Schaltern erfragt werden.
5. Banknoten unter 1 Million werden nicht mehr angenommen.
Calw, den 29. Oktober 1923.

Spar- und Vorschußbank Calw.

Wem an der Erhaltung eines von keiner Partei- oder Interessenten-Gruppe beeinflussten Lokalblattes gelegen ist, der unterstütze in seinem Teile unser Blatt. Unterstützen kann uns heute jeder durch Wort und Tat.

Wer unser Blatt bereits liest, der Sorge dafür, daß sein Nachbar es hält, wer Kaufabschlüsse tätigt auf Grund von Anzeigen, die in unserem Blatte erschienen sind, der nehme Bezug auf unser Blatt.

Wer etwas zu verkaufen hat, der schreibe es in unserm Blatte aus, gerade die kleine Anzeige macht sich bei einem Kauf oder Verkauf durch größeres Angebot oder größere Nachfrage sicher bezahlt.

Wer keine Anzeigen aufzugeben hat, der kann uns durch anderweitige Aufträge unterstützen. Er kann seinen Bedarf an Druckerarbeiten, wie Briefbogen, Mittelungen, Rechnungen, Postkarten, Briefhüllen bei uns decken. Gerade die Notlage des Zeitungsgewerbes zwingt uns, in unserer Altkalenderdruckerei einen Ausgleich zu suchen. Bedenke jeder, daß die Not der Zeitung deutsche Not ist.

Bersäumen Sie nicht

auf 1. November das Calwer Tagblatt zu bestellen. Bestellungen werden jederzeit angenommen, sei es in Geld- oder Naturalbezug.

NEUZEITLICHE REKLAME-DRUCKSACHEN

aller Art liefern wir bei billigen Preisen, sorgfältigster Ausführung in denkbar kürzester Frist

A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw
Fernsprecher 9 Lederstraße 151.

Zum Austragen unserer Zeitung suchen wir eine geeignete Person.
Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Klavier- und Harmoniumstimmer kommt nach Calw und Umgegend. Aufträge für denselben wolle man auf der Geschäftsstelle des Blattes oder bei uns selbst niederlegen.
Willy Sattler, Forzhelm,
Gellerstraße 18. Fernsprecher 1210 und 7821.

Zuverlässiges Mädchen täglich einige Stunden zur Mithilfe im Haushalt gesucht. Zeitgemäßer Lohn.
Frau Ing. Freuhger, Bischoffstr. 453.

Einen großen, neuen Zinküber einfachen Liegestuhl Eisstank Kajütenkoffer zu verkaufen oder gegen Kartoffeln u. Frucht zu tauschen
Bischoffstr. 453, 2. Stock.

Bestellungen auf Linsen u. Zucker nimmt bis Samstag entgegen
Fr. Pfeiffer, Vorstadt.

Tausche neue Litewka gegen Kartoffel oder Frucht
Altburgerstraße 276.

Vertauscht werden 1 Ztr. Weizen, 5 „ Kartoffel, 10 Sack Zement, 15 „ Schwarzkalk geg. Haber od. Wiesenhheu
Bon wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Suche eine noch nicht trüchtige Milchziege gegen Kartoffel einzutauschen.
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes

Zwiebel empfiehlt sachweise und im Kleinen
Otto Jung.

Brennholz tauscht gegen Möbel Mittschele, Gedingen.

Gebrauchter Herd gut erhalten billig zu verkaufen.
Theodor Siebler, Liebenzell.

Hier! in den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit überflüssig. Haugerät zu verkaufen!

Unterreichenbach. Einen fast neuen Rauchkasten verkauft od. tauscht gegen Lebensmittel
Preusch, Flachsen.

Nithengstett. Tausche eine zirka 12 Zentner schwere junge Kuh geg. trüchtige Kalbin oder Schaffhuh ein.
P. Schrabi.